

Rürup soll es richten

Die Mitglieder der Kommission zur nachhaltigen Finanzierung der Sozialversicherungssysteme (I)

Eine kleine Kommission sollte es werden, nach dem Vorbild „Hartz“, aber mit mehr wissenschaftlichem Sachverstand, so wie im „Ethikrat“. Herausgekommen ist „Rürup“: eine Kommission, mit 26 Mitgliedern so groß wie der Ethikrat, aber mit profilierten Wissenschaftlern in Unterzahl gegenüber den vielen Sachverständigen in Sachen Lobbyarbeit. Weniger sollten es um des Friedens mit den Gewerkschaften und der SPD-Bimdestagsfraktion willen nicht sein, mehr war wohl im Bundesgesundheitsministerium nicht zu erreichen. Trotzdem provoziert die schiere Existenz der neuen Kommission die Traditions kompanien des Bismarckschen Sozialstaats - und nicht nur Verbände und Kirchen, die sich übergangen fühlen. Denn offenbar ist das Vertrauen Schröders in die Fähigkeit des Sozialministeriums und der Regierungsfractionen zu gering, als dass er ihnen die unausweichlichen Reformen des Gesundheitswesens und der Rentenversicherung anvertrauen wollte. Eine Kommission, die sich mit dem Wort „Nachhaltigkeit“ zielt, soll für Druck von außen sorgen, ohne den es wohl nicht geht. Freilich steht dahin, ob die ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder der Kommission sich auf gemeinsame Positionen verständigen können - und das auch noch so rechtzeitig, dass der Regierungsapparat ihr nicht mit Ungereimtheiten zu vorkommt. Doch da sei der Kanzler vor. Er weiß, dass „Rürup“ nicht nur eine Chance braucht, sondern auch die Chance des Modernisierers Schröder ist.

...

Axel Börsch-Supan

nimmt kein Blatt vor den Mund. In der Rentenpolitik hinke Deutschland vielen Ländern um Jahre hinterher, lautete die Diagnose im Jahr 2000. Die Riester-Reform hat den Abstand kaum verringert. Noch immer fehle es an einer Reform aus einem Guss: Ein Kontensystem soll den Bürgern Planungssicherheit verschaffen und politische Eingriffe sichtbar machen, kapitalgedeckte Eigenvorsorge künftig ein Drittel des Ruhestandseinkommens ausmachen, die Anrechnung von Erziehungsjahren ausgedehnt werden. Eine Revolution sei das nicht, sagt der Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), nur eine handwerklich gute und konsequente Reform. Dass das Beharrungsvermögen der Politik wie der sozialen Systeme immens ist, hat Börsch-Supan oft beschrieben. Beirren lässt der 1954 geborene und 1984 am Massachusetts Institute of Technology promovierte Volkswirt sich dadurch nicht. Auf lange Sicht kämen vor allem die Arbeitnehmer schlechter weg, wenn sich nichts ändere, so die Mahnung des Professors an Gewerkschaften und Regierung.

...

Den vollständigen Artikel finden Sie im Internet unter www.faz.de